

Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission an den Landrat

betreffend Sofortiger und massiver Ausbau erneuerbarer Energien

2022/364

vom 16. August 2024

1. Ausgangslage

Die Petition 2022/364 «Sofortiger und massiver Ausbau erneuerbarer Energien» des Komitees «Lehrer:innen für den massiven Ausbau erneuerbarer Energien im Kanton Basel-Landschaft» wurde vom Landrat am 14. Dezember 2022 als Postulat überwiesen. Der Vorstoss fordert den Ausbau der Sonnenenergie auf den Schulgebäuden im Kanton sowie deren energetische Sanierung und Beheizung mittels nachhaltigen Energieträgern. Ferner wird im Hinblick auf ein nachhaltiges Energiesystem die Lancierung eines ausserordentlichen Förder- und Informationsprogramm vorgeschlagen.

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung des Postulats. Der Ausbau der Sonnenenergie sei in vollem Gange und habe insbesondere in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen. Im Zusammenhang mit der Beheizung der Schulgebäude wird auf den hohen Anteil von Fernwärmeanschlüssen verwiesen. Die Dringlichkeit von energetischen Sanierungen wird anerkannt. Aus diesem Grund verfolge der Kanton bei der Förderung von nachhaltigen Bauprojekten einen über einzelne Energieeffizienzmassnahmen hinausgehenden, umfassenden Ansatz. Die Forderung nach einem Förder- und Informationsprogramms werde mit den bestehenden Instrumenten bereits erfüllt. Eine stärkere Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien sei aufgrund beschränkter Ressourcen nicht realistisch.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Vorlage wurde an den Kommissionssitzungen vom 3. und 24. Juni 2024 in Anwesenheit von Regierungsrat Isaac Reber und Generalsekretärin Katja Jutzi (nur 24. Juni 2024) beraten. Thomas Zaugg, stv. Leiter Hochbauamt, und Andreas Furler, Projektierung Hochbauamt, stellten der Kommission das Geschäft vor.

2.2. Eintreten

Eintreten war in der Kommission unbestritten.

2.3. Detailberatung

Eingangs der Kommissionsberatung legte die Direktion dar, weshalb sie die Anliegen der Petentinnen und Petenten bereits als erfüllt erachtet. Sie betonte das kantonale Engagement betreffend die Umstellung auf erneuerbare Energien und verwies in diesem Zusammenhang auch auf den in der Klimastrategie vorgesehenen Ausbau. Die Umstellung auf erneuerbare Energien sei zwar wichtig. Für die Erreichung der kantonalen Klimaziele sei eine Reduktion des Verbrauchs, insbesondere beim Gebäudebestand, aber ausschlaggebender. Dies beanspruche allerdings einen grossen Teil der verfügbaren Mittel.

Ein Teil der Kommission kritisierte unter anderem den langsamen Fortschritt beim Ausbau der kantonalen Photovoltaik-Anlagen (PV). Ein rascheres Vorgehen wäre – ungeachtet klimapolitischer Ziele – auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll. Die Direktion sprach sich hinsichtlich der PV-Anlagen gegen ein blindes, flächendeckendes Vorgehen aus. Neben dem Schulraumbedarf würden insbesondere anstehende Sanierungsarbeiten als zentrale Orientierungspunkte bei Installationsentscheidungen dienen. So sei von einer Montage von Kollektoren kurz vor einer Dachsanierung abzugehen. Dagegen wurde eingewendet, dass auch bei Neubauten des Kantons das PV-Potential nicht ausgeschöpft werde. Die Direktion betonte, dass solche Versäumnisse der Vergangenheit angehören würden und die neue «Richtlinie Nachhaltigkeit» eine optimierte Ausschöpfung des Potenzials vorsehe.

Des Weiteren legte die Direktion dar, dass fehlende finanzielle Mittel bei gewissen kantonalen Vorhaben ebenfalls einen limitierenden Faktor darstellen würden. Vom Contracting, das die PV-Produktion und Einnahmengenerierung ohne eigenen Investitionsbedarf erlauben würde, mache die Verwaltung keinen Gebrauch. Die erforderlichen Dienstbarkeitsverträge seien im vorliegenden Kontext nicht praktikabel. Zudem würde ein solches Vorgehen auch der Vorbildrolle des Kantons nicht gerecht werden.

Die Direktion argumentierte gegenüber der Kommission zudem, dass der Vorstoss mit der ausschliesslichen Berücksichtigung von Schulhäusern zu kurz greife. Der kantonale Gebäudepark umfasse eine breite Palette von teils energieintensiven Objekten, denen im Hinblick auf die Erfüllung des Nettonullziels eine wichtige Rolle zukomme. Investitionen sollten so gewählt werden, dass pro investiertem Franken eine möglichst hohe Wirkung erzielt werden kann. Dem wurde seitens Kommission entgegnet, dass die übergeordnete Betrachtungsweise der Direktion zwar grundsätzlich begrüssenswert sei. Der Fokus der Petition auf das Schulwesen sei angesichts des Berufs der Urheberinnen und Urheber allerdings einleuchtend und bei der Beratung des Vorstosses zu akzeptieren.

Ein Kommissionsmitglied hielt der Direktion vor, dass diese über keine Klarheit zum eigenen Portfolio von PV-Anlagen und geeigneten PV-Flächen verfüge. Im Hinblick auf raschere Umsetzungsarbeiten sollten dem Bereich PV zusätzliche Ressourcen gewidmet werden, die möglicherweise neue Herangehensweisen aufzeigen könnten. Die Direktion stellte einen Mangel an Expertise ausdrücklich in Abrede.

Auf ihre Bitte hin wurde der Kommission anlässlich der zweiten Beratung des Vorstosses Datenmaterial zur Beurteilung des Ausbaufortschrittes von PV-Anlagen präsentiert. Eine Kommissionsminderheit äusserte im Anschluss an die Präsentation ihre Unzufriedenheit mit den gelieferten Angaben und beantragte eine erneute Verschiebung der Beschlussfassung. Die Erfüllung des Postulats möge zwar durchaus gegeben sein; zur abschliessenden Beurteilung würden aber noch immer Informationen fehlen. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Kommissionsmehrheit zeigte sich mit dem Vorgehen des Kantons zufrieden und stellte in Bezug auf die Ausbaugeschwindigkeit bei der PV-Produktion keinen Anpassungsbedarf fest. Die Direktion stellte sich ebenso auf den Standpunkt, dass der geforderte, zügige Ausbau von Sonnenenergie bei Schulgebäuden mit gutem Gewissen bestätigt werden konnte und das Postulat somit abgeschrieben werden könne.

3. Antrag an den Landrat

Die Umweltschutz- und Energiekommission beantragt dem Landrat mit 8:5 Stimmen ohne Enthaltung, das Postulat abzuschreiben.

16.08.2024 / fo

Umweltschutz- und Energiekommission

Thomas Noack, Präsident